

DER STACHEL

Zeitschrift des Juso-Kreisverbandes Rendsburg-Eckernförde

24. Jahrgang

Mai 2007

Das Schulgesetz

Also lautet der Beschluss:
Das Gesetz sich ändern muss.
Nicht alleine „Pisa“ wegen
Galt's die Regeln durchzuführen;
Nicht nur für den Arbeitsmarkt
Sollt's werden richtig durchgeharkt,
Nicht nur für der Gleichheit Chancen
War das Feilen an Nuancen,
Sondern auch Sozialverhalten
Sollte an der Schule walten.
Dass dies mit Verstand geschah,
War Frau Erdsiek-Rave da.
Doch ach und weh! Was kam heraus?
Kein großer Wurf. Es ist ein Graus!
Max und Moritz, diese beiden,
Mochten sie darum nicht leiden.
Bestachen in der Hauskantine
Die zuständige Suppen-Trine,
Dass die ihr koche wie der Blitz
Suppe aus Schwarzwurz und Lakritz.
Die Reste in dem Küchennetz
Glichen sehr dem Schulgesetz.



Seeehr frei nach Wilhelm Busch

Interview mit Ute Erdsiek-Rave

Inhalt

| | |
|---|-------------|
| Vorwort | Seite 3 |
| Pro & Contra: Wehrpflicht | Seite 4-5 |
| Nein zum Tornado-Einsatz in Afghanistan | Seite 6 |
| Bolivien – auf dem Weg zum Sozialismus? | Seite 7 |
| Stachel-Interview mit Ute Erdsiek-Rave | Seite 8-11 |
| Kommentar | Seite 12 |
| Neue Wege aus der Sucht | Seite 13 |
| Vorstellung Kreisvorstand | Seite 14-16 |
| Termine | Seite 16 |
| Mitgliederversammlung | Seite 17 |
| Weihnachtsfeier & Seminare | Seite 18 |
| Positionen: BAFöG | Seite 19 |
| Landesverband: Zukunft machen! Jetzt! | Seite 19-20 |
| Berichte aus den Orts-AGs | Seite 21 |
| Politik-Lexikon & Genosse Nachwuchs | Seite 22 |
| Knallhart nachgefragt bei Andreas Breitner & Adressen | Seite 23 |
| Das Thälmann- Batallion | Seite 24 |

Impressum



Herausgeber:

Juso-Kreisverband Rendsburg
Eckernförde,
c/o Elena Piper (V.i.S.d.P.), Klei-
ner Kuhberg 28-30, 24103 Kiel
www.jusos-rd-eck.de

Chefredaktion:

Götz Borchert,
Rosenweg 37 b, 24229
Dänischenhagen,
goetz.borchert@gmx.de

Redaktion:

Elena Piper, Lasse Mempel,
Jonas Kramer, Sina Marie Weiß
(Jusos_rd-eck@web.de)

Layout:

Sascha Paetznick

Auflage:

800

Druck:

Schreiber Druck,
Feldstraße 7, 24105 Kiel





Liebe Leserinnen und Leser,

in der letzten Zeit sind einige sehr wichtige politische Entscheidungen gefallen. Die SPD war an allen diesen Entscheidungen durch die Regierungsbeteiligung in Bund und Land maßgeblich beteiligt. In dieser STACHEL-Ausgabe möchten wir auf einige diese Entscheidungen näher eingehen.

Wir haben mit unserer stellvertretenden Ministerpräsidentin und Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave über das neue Schulgesetz gesprochen, das von unserer neuen Kreisvorsitzenden Elena Pieper kommentiert wird. Ebenso beziehen wir Stellung zur weiteren aktuellen politischen Themen.

Unseren Bundestagsabgeordneten Sönke Rix konnten wir für ein Statement zum Thema Tornado-Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan gewinnen.

Im Herbst will die SPD auf ihrem Bundesparteitag in Hamburg ein neues Grundsatzprogramm verabschieden. In diesem Zusammenhang könnte sich die Partei für eine Abschaffung oder Aussetzung der Wehrpflicht aussprechen. Mit dem Für und Wider einer möglichen Abschaffung der Wehrpflicht haben sich für uns Kai Dolgner, SPD-Kreistagsabgeordneter aus Osterrönfeld, und Lisa beim Graben von den Grünen beschäftigt.

An dieser Stelle möchte ich aber, auch im Namen des Juso-Kreisvorstandes, noch einmal darauf hinweisen, wie sehr wir uns über die Juso-Mitgliederversammlung im Februar gefreut haben. Wir haben zu brennenden Themen Position bezogen und zum großen Teil auch bereits auf dem Kreisparteitag in Nortorf vertreten. Auf der Mitgliederversammlung in Gettorf waren viele Jusos da und haben damit eindeutig Interesse an unserer gemeinsamen Arbeit gezeigt. Dieser STACHEL enthält einige Berichte über die Sitzung, auf der auch ein neuer Kreisvorstand gewählt wurde, der sich euch hier vorstellt.

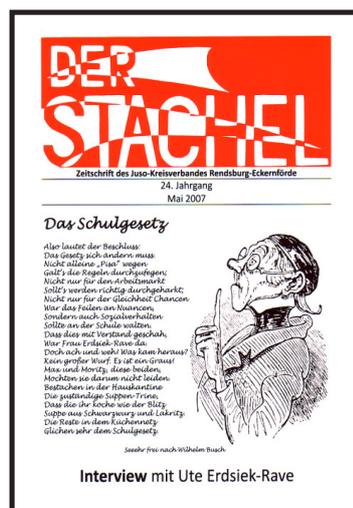
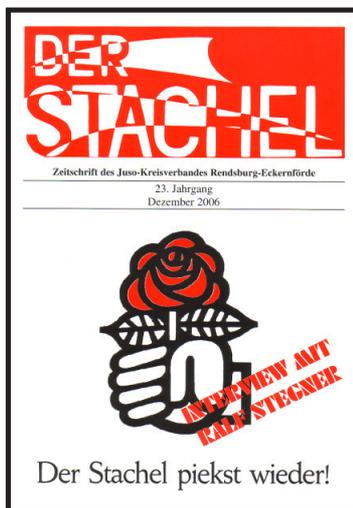
Auch alle weiteren Bestandteile, die man braucht, um gut durch den Sommer zu kommen, bietet dieser STACHEL selbstverständlich: Liedgut, Stacheliges, Berichte von der Juso-Arbeit.

Für die Gestaltung des Titelbildes danken wir Jörg Wetzel. Die Redaktion bedankt sich ebenso für das vielfache Lob zum letzten STACHEL wie auch für die interessanten Briefe.

Über weitere Leserbriefe würde sich unsere Redaktion übrigens sehr freuen.

Für die STACHEL-Redaktion

Götz Borchert
Götz Borchert



Wehrpflicht



Wehrpflicht als Teil unserer Demokratie

Von LISA BEIM GRABEN und GÖTZ BORCHERT

Als die Bundeswehr 1955 gegründet wurde, wurde auch über die Form der zukünftigen Rekrutierung diskutiert. Ein wichtiges Argument gegen eine Berufsarmee ist die Angst vor einem „Staat im Staate“ gewesen, womit gemeint ist, dass sich das Militär jeder Verantwortung durch die Legislative entzieht und somit frei wahlen und schalten kann. Heutzutage sind die Kontrollmöglichkeiten des Parlaments zwar deutlich besser ausgebaut als beispielsweise zu Zeiten der Weimarer Republik, die Furcht, dass sich eine Berufsarmee quasi verselbstständigen könnte, ist jedoch noch vorhanden.

Sehr häufig findet man folgenden Ausspruch von Theodor Heuss: „Die allgemeine Wehrpflicht ist das Kind

der Demokratie.“ Sie ist mittlerweile Teil unserer Gesellschaft und unseres Staates geworden. Eine Abschaffung sollte also gründlich begründet sein. Die Wehrpflicht soll auch zur Kontrolle der Streitkräfte durch die Bevölkerung genutzt werden. Jeder junge Mann, und heutzutage auch jede junge Frau, hat die Möglichkeit zu sehen, wie der normale Alltag eines Soldaten aussieht. Jedes Jahr gehen etwa 150.000 Wehrpflichtige durch die Streitkräfte. Die Transparenz dieser Art von Armee ist somit deutlich erhöht.

Durch die Wehrpflicht ist es der Bundeswehr möglich auf eine ganze Reihe von unterschiedlichen Begabungen und teilweise abgeschlossenen Berufsausbildungen zurückzugreifen, da viele junge Menschen vor ihrem Wehrdienst bereits eine Lehre oder Ausbildung absolviert haben. Dadurch herrschen in der Armee ein ständiger Gedankenaustausch und bessere Möglichkeiten für Innovationen. Die Bundeswehr ist so durch Offenheit geprägt.

Ein weiteres Argument für die Beibehaltung der Wehrpflicht ist, dass nur sie in der Lage ist, den derzeitigen Umfang der Bundeswehr zu gewährleisten. Ein reines Freiwilligenheer wäre zu klein um die Deutschland übertragenen Aufgaben zu erfüllen. Die Bundesrepublik könnte dann also nicht mehr im selben Umfang wie momentan bei NATO- oder UNO-Missionen tätig werden. Wenn Deutsch-

land hierbei weiterhin eine Rolle spielen will, muss es eine hohe Truppenstärke aufweisen können. Die Finanzmittel würden nicht ausreichen, um eine so große Anzahl an Streitkräften zu halten.

Eines der wichtigsten Argumente ist aber, dass wenn man die Wehrpflicht abschafft, man damit auch den Zivildienst abschafft, was enorme Konsequenzen besonders für den sozialen Bereich hätte. Schon heute übersteigt die Zahl der zur Verfügung stehenden Zivildienstleistenden (177.000) die Zahl der Wehrpflichtigen (135.000). Diese wegfallenden Arbeitskräfte müsste man dann durch ca. 90.000 reguläre Arbeitsplätze ersetzen. Fraglich ist jedoch, ob man durch die Einsparung der Zivildienstleistenden soviel finanzielle Mittel zur Verfügung hätte, um dadurch die neuen Jobs bezahlen zu können. Möglich wäre auch eine Erweiterung des Angebots zum „Freiwilligen Sozialem Jahr“, wobei es äußerst unwahrscheinlich erscheint, dass damit 177.000 Zivildienstleistende ersetzt werden können.

Hier würde eine enorme Lücke klaffen zwischen Bedarf und Angebot. Dass freiwilliges Engagement diese Lücke füllen kann, muss bezweifelt werden. Es muss also in jedem Fall ein Konzept entwickelt werden, das diese Einrichtung sichert.

Die Wehrpflicht gehört zu unserer Gesellschaft und daher sollten wir an ihr Festhalten.

Die Wehrpflicht ist überholt!

Von KAI DOLGNER

„Die Wehrpflicht ist ein so tiefer Eingriff in die individuelle Freiheit des jungen Bürgers, dass ihn der demokratische Rechtsstaat nur fordern darf, wenn es die äußere Sicherheit des Staates wirklich gebietet ... Ihre Beibehaltung, Aussetzung oder Abschaffung und ebenso die Dauer des Grundwehrdienstes müssen sicherheitspolitisch begründet werden können. Gesellschaftspolitische, historische, finanzielle und streitkräfteinterne Argumente können dann ruhig noch als Zusätze ver-

wendet werden.“

(Bundespräsident Roman Herzog zum 40jährigen Bestehen der Bundeswehr 1995)

Roman Herzog hat vollkommen Recht, wenn er darauf aufmerksam macht, dass Wehrpflicht sich aus militärischer Notwendigkeit begründen muss. Alle anderen Argumente waren schon immer nachgeschoben oder zweitrangig.

Eigentlich müssten die Befürworter dieses Eingriffes, der zudem auch noch gegen den Gleichheitsgrund-



satz verstößt, die Notwendigkeit immer neu begründen und nicht diejenigen, die diesen Grundrechteingriff ablehnen, denn in Grundrechte sollte der Staat nur in absoluten Notfällen eingreifen. Viele Befürworter scheinen dieses bei Ihrer Argumentation zu vergessen.

Die Wehrpflicht ist ein Garant für die Demokratie, dieser gern wiederholte Mythos entbehrt jeder empirischen Grundlage. Die Wehrpflicht wurzelt mitnichten in der Bildung demokratischer Staaten. Die Wehrpflicht wurde 1793 in Frankreich während Robespierres Schreckensherrschaft eingeführt. Die Einführung der Wehrpflicht im amerikanischen Bürgerkrieg wurde nicht als Demokratiestärkung sondern als diktatorische Maßnahme verstanden, bei der es zu blutigen Aufständen kam. Die großen Fortschritte am Beginn des industriellen Zeitalters führten zur Aufstellung von Massenheeren statt den bisher üblichen Söldnern. Die Soldatenzahl wurde zu einem entscheidenden Faktor, völlig unabhängig von der jeweiligen Regierungsform.

So wird dann zwar gern (als einziges) Beispiel die Reichswehr in der Weimarer Republik bemüht, doch die Demokratiefindlichkeit vieler Teile des Offizierskorps fand sich genauso in der Justiz, der Polizei, den Hochschulen und großen Teilen des Bürgertums, die dem alten autoritären Denken des Kaiserreiches verhaftet blieben. Eine Wehrpflicht hätte daran nichts geändert. Unterschlagen wird bei dieser Betrachtungsweise auch, dass sie unter der nationalsozialistischen Diktatur wieder eingeführt wurde. Die Wehrpflicht in der Sowjetunion hat die stalinistischen Verbrechen nicht verhindert, die Wehrpflicht in China nicht die Kulturrevolution. Das Massaker von My Lai während des Vietnamkrieges hat die Wehrpflicht ebenso wenig verhindert, wie das Massaker auf dem Platz des himmlischen Friedens 1989 in China oder den Putsch in Chile 1973. Die Bewegung der Streitkräfte, die in Portugal 1974 das fast 50 Jahre lang regierende faschistoide System wegfegte, bestand dagegen ausschließlich aus jungen Berufssoldaten.

Bei dem Demokratieargument schwingt auch immer die Unterstel-

lung mit, dass Freiwillige in der Bundeswehr eine undemokratischere Haltung hätten als Wehrpflichtige. Zeit- und Berufssoldaten nehmen genauso an der Zivilgesellschaft teil wie Wehrpflichtige, fast immer sind sie Heimschläfer und häufig Mandatsträger in kommunalen Parlamenten.

Eine Gefährdung der Einzelperson ist eher durch überlange Auslandseinsätze unter ständiger Bedrohungslage gegeben. Die Posttraumatische Belastungsstörung macht keinen Unterschied, ob jemand Freiwilliger oder Wehrpflichtiger ist, wie der Vietnamkrieg nun eindeutig gezeigt hat.

Häufig wird die Wehrpflicht auch mit der Nachwuchswerbung gerechtfertigt. Ob das nun ausreicht einen Grundrechteingriff zu rechtfertigen, sei einmal dahingestellt. Wie wäre es denn, wenn mit einem Zeitvertrag auch immer eine Berufsausbildung verbunden wäre?

Gerne muss auch der Zivildienst als Argument erhalten. Während früher Zivildienstleistende als „Drückeberger“ diffamiert wurden und der Zivildienst mit fadenscheinigen Begründungen auch noch 5 Monate länger war als der Wehrdienst, wird heutzutage die Notwendigkeit des Wehrdienstes über den Zivildienst begründet. Dabei wird die Bedeutung des Zivildienstes meistens überschätzt. So hat der Abbau von 136.000 Zivildienstleistenden 2002 auf 81.000 Zivildienstleistende 2006 zwar zu Veränderungen u. a. bei den Wohlfahrtsverbänden geführt, zusammengebrochen ist z.B. die Pflege deshalb noch nicht. Nach dem Gutachten "Die abgabenrechtliche Privilegierung gemeinnütziger Zwecke auf dem Prüfstand." des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen von 2006 lohnt sich der Zivildienst volkswirtschaftlich gar nicht. Wenn man die Gesamtkosten eines Zivildienstleistenden unter Berücksichtigung kurzen Qualifikations- und Einsatzdauer kalkuliert, dann wäre es viel sinnvoller sozialversicherte Pflegekräfte zu fördern, die nebenbei bemerkt auch viel besser ausgebildet sind.

Klar ist, ohne den Zivildienst gäbe es keine Wehrpflicht mehr, denn wenn niemand mehr verweigern würde,

dann würde es mehr als doppelt so viele Wehrpflichtige wie Plätze geben. Zweidrittel eines Jahrganges müssten freigestellt werden und die sowieso schon problematische Wehrgerechtigkeit wäre endgültig dahin.

Bei Argumenten zum Sozialverhalten, geregelten Tagesablauf etc, die alle zum Uraltargument führen, dass man(n) bei der Armee zu „anständigen Menschen“ erzogen wird, schimmert ein Menschenbild durch, dass eigentlich ins 19. Jahrhundert gehört. Die „Schule der Nation“ sollte doch bitte schön die Schule sein und für die Erziehung haben Eltern und Zivilgesellschaft zu sorgen und nicht die Armee! Abgesehen davon, dass offenbar junge Frauen diese „besondere Lebenserfahrung“ wohl nicht nötig haben.

Die einzige Begründung für eine Wehrpflicht ist die Notwendigkeit der schnellen Aufstellbarkeit eines Massenheeres zur Landesverteidigung. Zum Glück sind wir von solchen Szenarien weit entfernt. Sie wären auch nicht mehr zeitgemäß. Wie die letzten Kriege eindrucksvoll gezeigt hat, sind heute Waffensysteme und nicht mehr Kopfzahlen kriegsentscheidend. Dass man dabei zwar den Krieg gewinnen aber den Frieden verlieren kann, ist ein anderes Thema.

Frankreich, Italien, Spanien, Großbritannien, Irland, die Beneluxstaaten, Ungarn, Slowenien etc. haben die Wehrpflicht abgeschafft oder ausgesetzt. Es ist dort weder zu einem Zusammenbruch der Pflegedienste, einer Zusammenrottung ungekämmerter und ungewaschener junger Männer oder einem Militärputsch gekommen. Wann sehen wir endlich ein, dass es an der Zeit ist, diesen anachronistischen Eingriff in das Leben junger Männer abzuschaffen? Polen hat es gerade beschlossen.

Nein zum Tornado-Einsatz in Afghanistan

Von SÖNKE RIX, MdB



Seit über fünf Jahren beteiligt sich die Bundesrepublik Deutschland an dem gemeinsamen Militäreinsatz in Afghanistan. Ziel ist es, den wirtschaftlichen, politischen und sozialen Wiederaufbauprozess in einem Land zu unterstützen. Dazu schrieb Ulrich Ladurner in der ZEIT vom 15. März 2007: „Die Bundeswehr ist nicht dort, um Krieg zu führen, sie ist dort, um Nation-Building zu betreiben, mithin den Wiederaufbau einer am Boden liegenden Nation zu bewerkstelligen“.

Das ist wahr. Das bisherige Engagement Deutschlands im Norden Afghanistans hat wesentlich zur Stabilisierung in Kabul und im Norden Afghanistans beigetragen. Wir genießen hohes internationales Ansehen. Die deutsche Außenpolitik hat sich auf sehr wohltuende Weise von der Politik anderer Nationen unterschieden. Wir haben den Kampf gegen den Terrorismus nämlich nicht als Krieg betrachtet.

Die „Kriegsstrategie“ ist bislang nicht aufgegangen. Die Friedenssicherung im Osten und Süden Afghanistans soll nach dem Willen der dort verantwortlichen Nationen nun ebenfalls um eine zivile Begleitung mit höherem Gewicht ergänzt werden. Deutschland betreibt dies im Norden Afghanistans bereits erfolgreich. Eigentlich war das der Auftrag, mit dem

die internationale Schutztruppe ISAF vor fünf Jahren mit 20.000 Soldatinnen und Soldaten angetreten war: Der zügige Aufbau eines physisch und moralisch zerstörten Landes.

Die Reste der Taliban und von Al-Qaida sollten durch die Operation „Enduring Freedom“ von hochgerüsteten Truppen in wenigen Monaten besiegt sein.

Die Realität heute sieht leider anders aus. Die Zahl der Anschläge auf militärische Ziele in Afghanistan ist dramatisch gestiegen: von 1.632 (2005) auf 5.338 (2006). Insgesamt waren 4.000 Tote zu beklagen. Das sind zehnmal so viele wie drei Jahre zuvor. Angesichts dieser Entwicklung stellt sich die Frage, ob man das beenden kann, indem deutsche Tornados mit Aufklärungsflügen den Bodentruppen den Weg weisen.

Viele meiner Kolleginnen und Kollegen und auch ich meinen, dass Fehlentscheidungen korrigiert werden müssen. Mit überwiegend militärischen Mitteln ist der Frieden in Afghanistan nicht zu erreichen. Mehr denn je wird es darauf ankommen, dass die Mitglieder fremder Nationen als Unterstützer wahrgenommen und anerkannt werden können.

Die Befürchtung, dass jeder zusätzliche militärische Beitrag, der zwangsläufig zusätzliche Opfer nach sich ziehen würde, unsere Außenpolitik in Misskredit bringen könnte, ist nicht von der Hand zu weisen.

Und der Einsatz könnte eine Spirale in Gang setzen: Gegenwärtig drohen die Kommandeure der Taliban damit, das Land zu irakisieren, mit funkgesteuerten Kleinstbomben zu agieren, die Selbstmordattentate zu erhöhen. Das Ganze könnte nicht trotz, sondern sogar wegen der Tornados geschehen. Dass dann der Ruf nach deutschen Bodentruppen im Osten und Süden Afghanistans noch stärker als bislang ertönen dürfte, ist die militärisch logische und wahrscheinliche Konsequenz.

Dies gilt umso mehr, als die Tornado-Einsätze nun in die gerade anlaufende Frühjahrsoffensive der NATO und in die Operation Enduring Freedom

(OEF) einbezogen werden sollen. Es besteht die Gefahr, dass deutsche Soldaten für Kriegsoperationen verantwortlich gemacht werden, auf deren Planung und Durchführung sie kaum Einfluss haben. Dies hätte letztlich Auswirkungen auf das gesamte deutsche ISAF-Kontingent. Deutsche Stellungen der ISAF-Truppe könnten zunehmend Ziel von Angriffen und Anschlägen werden. Die erreichte Stabilisierung der Lage im Norden Afghanistans wäre gefährdet.

Der Einsatz deutscher Tornados ist kein Beitrag zur Stabilisierung der Lage in Afghanistan. Das Gegenteil ist der Fall. Deshalb halte ich es für falsch, „Recce-Tornados“ nach Afghanistan zu entsenden und habe im deutschen Bundestag mit vielen Kolleginnen und Kollegen meiner Fraktion gegen das erweiterte Mandat gestimmt.

Sönke Rix ist Kreisvorsitzender der SPD Rendsburg-Eckernförde und seit 2005 Bundestagsabgeordneter.

Bolivien – auf dem Weg zum Sozialismus?

Von GÖTZ BORCHERT

In Südamerika feiern derzeit mehrere linkspopulistische Präsidenten bei Wahlen große Erfolge. Häufig ändern sie die Verfassungen unsicherer Demokratien in Richtung eines sozialistischen Regimes. Als ein gutes und bekanntes Beispiel dafür kann Hugo Chavez (Venezuela) genannt werden. Aber auch Bolivien bewegt sich in diese Richtung seit im Januar 2006 Evo Morales, ein indianischer Coca-bauernführer, Präsident wurde und seine Partei, die MAS (Movimiento al Socialismo – Bewegung für den Sozialismus), die Mehrheit im Parlament stellt.

Zuvor stand die Verfassung Boliviens für eine Präsidentialrepublik und war damit wie die meisten lateinamerikanischen Staaten am US-System orientiert. Bolivien wird bis heute zwar grundsätzlich als Demokratie eingestuft, muss aber letztlich als defekte Demokratie bezeichnet werden. Die illiberale Demokratie Boliviens ist gekennzeichnet durch Schwächen bei Gewaltenteilung und im Rechtsstaat.

In Bolivien sind Massenproteste keine Seltenheit und so machen die Präsidenten von ihrem Recht Dekrete und Verordnungen bei Erklärung des Ausnahmezustandes zu erlassen und dabei politische Freiheitsrechte und Rechtsstaatssicherheiten außer Kraft zu setzen häufig Gebrauch.

Der politische Wettbewerb ist geprägt von Aktivitäten in Protestbewegungen und ähnlichem.

Problematisch ist die große Heterogenität der bolivianischen Bevölkerung (71 % Indios, Mestizen und Kreolen). Trotz des Reichtums an Bodenschätzen herrscht große Armut (59% der Menschen leben unter der Armutsgrenze) und hohe Unterbeschäftigung.

Es gibt große Einkommensdisparitäten und entsprechend häufige scharfe soziale Konflikte.

Der Anbau von Cocapflanzen ist umstritten, da aus Coca unter anderem auch Kokain gewonnen wird, aber viele Bauern mit Coca ihren Lebensunterhalt verdienen.

Ermittlungsverfahren gegen frühere

Präsidenten laufen wegen Verfassungsverletzung, Toten bei Unruhen, Spionage, „Unterwerfung unter ausländische Mächte“ und sorgen unter den jeweiligen Anhängern für zusätzlich Spannungen.

Indigene Parteien haben zuletzt stark hinzugewonnen, während die vorher etablierten Parteien verloren. Ein Machtwechsel und Polarisierung waren die Folge, bei der die Parteien immer mehr von ihrer Vermittlungskapazität einbüßten.

Präsident Morales verstaatlichte per Dekret die Erdgas-Vorkommen, um die Armen an den Einnahmen zu be-



Evo Morales

teiligen (bisher ging der Profit an die weiße Oberschicht und ausländische Unternehmen). Außerdem kürzte er Kabinetts-Gehälter und Beamtenbezahlung, um Lehrer einzustellen.

Weiterhin lies Morales Land an Bauernfamilien verteilen, nachdem er Großgrundbesitzer, die ihr Land nicht ausreichend bebauten, enteignet hatte.

2006 beschloss der Kongress konsensorientiert die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung und ein Referendum über Autonomie der Regionen: Die Gouverneure, deren Kassen durch Abkommen zwischen Staat und Erdgas-Investoren gefüllt sind, wollen

Verwaltungsautonomie; die Bevölkerung hat sich per Referendum dafür ausgesprochen. Es besteht die Gefahr der Separation. Morales drohte mit dem Militär, stellte aber auch Autonomie in Aussicht, wenn die Regierung die Aufsicht über Steuern und Bodenschätze behalten kann; heftige Proteste sind die Folge.

Gleichzeitig gibt es Proteste gegen die verfassungsgebende Versammlung, die Verfassungsänderungen mit einfacher anstatt einer 2/3-Mehrheit ermöglichen soll.

Es ist Morales, der vor kurzem Neuwahlen für die Zeit nach Abschluss der Arbeit der verfassungsgebenden Versammlung ankündigte, zwar gelungen die Situation für einige der Ärmsten mit seiner Politik zu verbessern, aber dennoch haben diese Schritte die Bevölkerung auch zu tiefst gespalten. Blutige Unruhen sind die Folge. Zudem wird Bolivien außenpolitisch meist als unzuverlässig bezeichnet, was den internationalen Beziehungen des Landes schadet.

Morales hat mutige Schritte in Richtung Sozialismus gewagt. Viele dieser Schritte sind sehr umstritten. Zu Bedenken ist aber bei einer Bewertung, dass er die Situation für viele verbesserte und Geld im Land halten kann. Nun muss es darum gehen die Bevölkerung zu einen, was angesichts der hohen Heterogenität sehr schwierig werde dürfte, und gleichzeitig außenpolitisch Konstanz und Zuverlässigkeit zu beweisen, um sich der Unterstützung anderer Staaten sicher sein zu können.

„Entscheidend ist, was drin ist!“

Ute Erdsiek-Rave ist seit 1969 Mitglied der SPD und seit 1987 Landtagsabgeordnete. Für Bildung ist sie als Ministerin seit 1998 zuständig und seit 2005 ist sie auch stellvertretende Ministerpräsidentin in der Großen Koalition.

STACHEL: Liebe Ute, zunächst eine Frage zur großen Koalition. Du bist stellvertretende Ministerpräsidentin. Zufrieden mit der Arbeit der Koalition?

Ute: Ja und nein. Diese Koalition war ja keine Wunschvorstellung. Es war und ist eher wie eine Zweckverbindung. Nach der gescheiterten Wahl von Heide Simonis gab es keine andere regierungsfähige Konstellation. Und ich finde wir haben dann einen Koalitionsvertrag zustande bekommen, mit einer deutlichen Handschrift der SPD. Dass es knirscht und hakt in einer großen Koalition in Berlin wie in Kiel, das ist klar. Wir bemühen uns jetzt das Beste daraus zu machen und versuchen den Koalitionsvertrag in unserem Sinne abzuarbeiten.

STACHEL: Könntest du jeweils ein Politikfeld nennen, in dem es besonders gut und in dem es besonders schlecht läuft. Welches ist das Schwächste und welches das Beste?

Ute: Es gibt eigentlich kein Politikfeld, in dem es völlig konfliktfrei verläuft, das finde ich aber auch normal. Wir hatten übrigens auch mit den Grünen in vielen Bereichen unsere Konflikte. Aus sozialdemokratischer Sicht läuft es in der Umweltpolitik am schwierigsten. Da haben wir beim Naturschutzgesetz heftig miteinander gestritten. Auch was die Ausweisung von Naturschutzgebieten, FFH-Gebieten angeht, haben wir zurückstecken müssen. Hier muss die SPD immer wieder auf die Politik des Koalitionspartners aufpassen und gleichzeitig durch eigenes Handeln und gute Konzepte ihre Kompetenz und Position deutlich machen, aktuell zum Beispiel beim Thema Klimaschutz. Das eigene Profil wahren gilt insgesamt in den Bereichen, wo wir nicht die Ministerien haben. Das Politikfeld wo es im sozialdemokratischen Sinne am besten läuft, wen



Ute Erdsiek-Rave an ihrem Schreibtisch im Ministerium.

wundert's, dass ich das sage, ist, für mich, die Bildungspolitik. Nicht nur weil wir Studiengebühren verhindern konnten, sondern auch weil wir sehr vieles aus unserem sozialdemokratischen Arbeitsprogramm haben umsetzen können. Nicht immer zur Freude des Koalitionspartners, auch hier mussten wir natürlich Kompromisse schließen.

STACHEL: Wenn du der Großen Koalition eine Schulnote geben würdest, welche wäre das?

Ute: (Lacht) Ich bin keine Anhängerin von Noten, deswegen verberge ich auch nicht gern welche. Wenn es denn sein muss und ihr mich nach einer Gesamtnote fragt, würde ich sagen, das schwankt immer so um die Drei. (Lacht)

STACHEL: Wie steht's um die Bildung im Land? Würdest du die Schulgesetznovelle insgesamt als erfolgreich bezeichnen?

Ute: In dieser Allgemeinheit gefragt, sage ich, wir sind auf einem guten Weg. Man muss wissen, dass von dem Beschluss zu Reformen bis zu dem Augenblick, wo wirklich Erfolge sichtbar und messbar sind, eine lange Zeit vergehen kann. Bildungsforscher sagen, man braucht für wirkliche Bildungsreformen ein Jahrzehnt, bis sie sich niederschlagen. Aber wir haben vieles auf den Weg gebracht und zwar nicht erst seit Pisa, auch nicht erst seit dieser Koalition. Wir sind weg von einer nur gefühl-

ten Qualität des Bildungswesens. Heute können wir auf empirisch abgesicherte Daten zurückgreifen. Wir überprüfen die Leistungen von Schülern, wir evaluieren die Schulen und wir stellen uns internationalen und nationalen Vergleichen. Das ist die Voraussetzung dafür, dass man an Qualität arbeiten kann und das tun wir. Und zwar nicht nur mit dem neuen Schulgesetz, sondern auch in der Praxis. Das ist mir wichtig, denn Schule ist eine demokratische und selbstständige Organisation. Diesen Grundsatz berücksichtigen wir auch weiter und damit bin ich sehr zufrieden. Natürlich ist vieles noch verbesserungsbedürftig von der Lehrerbildung bis zur Ausstattung der Schulen. Doch diese Koalition hat im KOA-Vertrag festgeschrieben, dass wir 700 neue Lehrerstellen in dieser Wahlperiode schaffen werden und wir insgesamt 150 Millionen zusätzliches Geld für die Bildung zur Verfügung stellen. Das finde ich ist schon eine Leistung und ich hoffe dass sich damit Bildung noch weiter positiv entwickelt. Das Schulgesetz ist natürlich auch ein Kompromiss. Nicht jedes Element davon ist auf mein Betreiben hinein gekommen. Aber die Elemente längeres gemeinsames Lernen, die Option Gemeinschaftsschule, überhaupt die Bewegung, die jetzt ins Schulsystem gekommen ist, das ist für mich ein großer Erfolg. Auch die Dinge, die nicht so im Mittelpunkt

der Debatte stehen, wie derzeit die neuen Schularten. Am wichtigsten ist der Kern des Schulgesetzes, die Philosophie: jedes einzelne Kind, jeder junge Mensch ist wichtig. Individuelle Förderung soll das Grundprinzip von Schule sein. Und das beginnt beim Übergang vom Kindergarten in die Grundschule und endet beim Förderkonzept, das jede einzelne Schule unabhängig von der Schulart aufstellen muss. Dieses Grundprinzip und alles was daraus abzuleiten ist, ist für mich der wesentliche Kern des Schulgesetzes.

STACHEL: Es ging ja auch immer darum, dass das Schulsystem durchlässiger werden soll. Besonders die Durchlässigkeit nach oben hin wurde ja immer bemängelt.

Ute: Nach unten ist es ja durchlässig genug gewesen.

STACHEL: Wie wird das denn nun gesteigert?

Ute: Bei den beiden neuen Schulformen Regionalschule und Gemeinschaftsschule wird insgesamt mehr integrativ gearbeitet, bei der Regionalschule mindestens in der integrierten Orientierungsstufe. Das heißt die Festlegung auf eine Schulart erfolgt eben nicht schon nach dem vierten Schuljahr. Bei der Gemeinschaftsschule bis zum Ende der Sekundarstufe I, in der Regionalschule ist ab Klasse Sieben eine Trennung nach Bildungsgängen, also Hauptschulbildungsgang, Realschulbildungsgang vorgesehen. Aber auch dort wird durch die Zusammenfassung der Schularten eine größere Durchlässigkeit erreicht.

STACHEL: Und die Dreigliedrigkeit des alten Schulsystems? Wird die nun wirklich aufgebrochen oder ist es mehr eine Dreigliedrigkeit in einer anderen Form?

Ute: Wir schaffen mit dem neuen Schulgesetz kein ungegliedertes Schulsystem. Das war übrigens auch im rot-grünen Koalitionsvertrag nicht vorgesehen. Uns war klar, dass man dies auf einen Schlag nicht hinkommen kann. Wir haben immer gesagt, wir brauchen mindestens ein Jahrzehnt des Zusammenwachsens der Schulen. Das ist auch im Programm der SPD in Schleswig-Holstein so formuliert. Wir wissen sehr wohl, dass wir bei einer so weitreichenden Schulreform alle Beteiligten mitnehmen müssen und auch brauchen.

Und wir erleben es, wie schwierig eine Schulreform, wie wir sie jetzt machen, umzusetzen ist. Es gibt Widerstand, Kritik und es gibt die Ankündigung einer Volksinitiative. Man darf sich da nichts vormachen, das ist kein leichter Weg. Es gibt tief sitzende Vorstellungen in der Bevölkerung und es gibt eine lange Tradition unseres Schulsystems und Schularten. Und im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern haben wir in Deutschland in den 60er und 70er Jahren zwar in vielen Bundesländern Gesamtschulen eingerichtet. Sie entstanden aber immer in Konkurrenz zum bestehenden System. Und man-



che dieser Schulen haben auch Fehler gemacht. Aber wir nehmen jetzt einen neuen Anlauf. Wir werden jetzt in der Übergangszeit bis 2010 noch die alten Schulformen haben sowie die Gemeinschaftsschule als Option für die Schulträger. Ab 2010 gibt es dann nur noch das System „Zwei Plus“, wie ich es immer nenne. Also Gymnasium, Regionalschule und Gemeinschaftsschule da wo die Schulträger dies möchten. Und ich glaube schon, dass die Gemeinschaftsschule eine erfolgreiche Schulart sein wird und mit dem Erfolg die Nachfrage nach ihr weiter steigen wird.

STACHEL: Die Gemeinschaftsschule wird eine erfolgreiche Schulart. Hat die Regionalschule denn eine Zukunft? Man hat ja nun gemerkt, dass nur noch relativ wenige zur Hauptschule gehen, weil die Eltern versuchen ihre Kinder auf einer höheren Schule unterzubringen. Könnte das der Regionalschule vielleicht genauso ergehen?

Ute: Wenn man sich vergleichbare

Systeme in anderen Bundesländern anschaut, dann spricht das nicht für eine solche Entwicklung. Im Gegenteil, an den Regionalschulen, Sekundarschulen oder Mittelschulen, wie sie woanders heißen, machen mehr Schüler den mittleren Abschluss und weniger den Hauptschulabschluss. Das finde ich ist eine gute Entwicklung. Wenn wir uns die Entwicklung in Hamburg anschauen, so wird dort ja auch ein zweigegliedertes System aufgebaut aus: Gymnasium und Stadtteilschulen. Die Stadtteilschule nach den jetzigen Vorstellungen wird im Grunde so ausgestaltet sein wie eine Gemeinschaftsschule. Beide Systeme sollen dort zum Abitur führen können. Das kann man in einem Stadtstaat machen. In einem Flächenstaat wie Schleswig-Holstein wird man nicht jeden Schulstandort in eine Gemeinschaftsschule umwandeln können. Die braucht eine bestimmte Zahl von Schülern pro Jahrgang, damit auch entsprechend unterrichtet werden kann. Deshalb ist die Regionalschule sicherlich in der politischen Situation, die wir derzeit haben bildungspolitisch eine bessere Lösung als die Beibehaltung der ehemaligen Hauptschule. Sie ist ja auch eine Antwort auf die zurückgehenden Schülerzahlen und die Entscheidung der Eltern. Übrigens erproben wir ja selbst schon seit Jahren in Schleswig-Holstein das System. Wir haben über 40 Standorte mit kombinierten Realschulen und Hauptschulen. Ich hab mir gerade neulich eine solche Schule angeschaut. Die arbeiten hervorragend, legen sehr viel Wert auf Durchlässigkeit und Förderung. Das alles macht mich optimistisch, dass diese Schulform keine „Restschule“ wird.

STACHEL: Das ist der Grund warum du die Regionalschule auch mal als Gemeinschaftsschule ohne gymnasiale Oberstufe bezeichnet hast?

Ute: Das habe ich nicht, denn das entspricht gar nicht der tatsächlichen Gestaltung dieser Schulart. Der entscheidende Praxisunterschied wird sein, dass nach Klasse 6 der Regionalschule wirklich auch äußere Differenzierung stattfindet, unterschiedliche Gruppen auf den Hauptschul- bzw. Realschulabschluss hinarbeiten. Während die Gemeinschaftsschule, so heißt es im Gesetz und in der

Schulartordnung, weitestgehend gemeinsamen Unterricht praktiziert. Allerdings mit starker Individualisierung und Binnendifferenzierung, um den unterschiedlichen Begabungen der Schüler auch gerecht zu werden.

STACHEL: Und das Gymnasium, wird das jetzt nicht endgültig rausgelöst und zu einer Art „Elitenfabrik“? Das Lerntempo wird ja nun erhöht.

Ute: Wenn so viele Schüler wie in Hamburg auf ein Gymnasium gehen - zwischen 40 und 50 Prozent - dann finde ich ist das toll. Wir brauchen eine so breite Elite. Nun aber im Ernst: Wir haben lange diesen Trend zur verkürzten Schulzeit hier in Schleswig-Holstein nicht mitgemacht. Wir hatten das nur als Option für die Gymnasien geöffnet. Der Grund war die Frage der Durchlässigkeit. Denn es ist klar, dass ab Klasse 6 die zweite Fremdsprache im achtjährigen Gymnasium beginnt. Die Durchlässigkeit von der Regionalschule zum Gymnasium ist nach der Orientierungsstufe wirklich schwierig. Wir wollen aber den Bildungsweg im Realschulabschluss und beruflichem Gymnasium weiter ausbauen, damit klare Optionen bis zum Abitur wirklich für alle da sind. Fazit: Der Trend zur zwölfjährigen Schulzeit im Gymnasium ist bundesweit so stark, dass wir uns dem nicht wirklich entziehen konnten.

STACHEL: Die frühen Schulartenempfehlungen für die Kinder am Ende der vierten Klasse sind nach Kritikern viel zu früh und ungerechtfertigt. Dennoch bleiben sie bestehen. Warum?

Ute: Wenn ich allein entschieden hätte, sähe es anders aus.

STACHEL: Also eine reine Koalitionsfrage?

Ute: Natürlich mussten wir Kompromisse schließen und Zugeständnisse machen. Als Ministerin muss ich das Schulgesetz insgesamt vertreten und dazu stehen. Ich kann mich nicht ständig hinstellen und sagen, das hat die eine und das hat die andere Seite so gewollt. In der Tat gibt es Kompromisse, die ich in der Sache nicht für richtig halte. Ich hätte mir lieber ein Offenhalten der Abschlussentscheidung und der Schullaufbahnentscheidung gewünscht, mindestens bis nach Klasse Sechs.

STACHEL: Noch einmal zu den Schulabschlüssen: Ein Problem ist ja auch derzeit, dass wir viele Abiturienten haben, die eben nicht ein Studium aufnehmen, sondern eine Ausbildung machen. Auf der anderen Seite haben wir viele mit mittlerer Reife, die keinen Ausbildungsplatz mehr bekommen. Müssten nicht die Schulabschlüsse noch viel stärker auf die verschiedenen Berufsrichtungen, beziehungsweise auf die Weiterbildungslehre, Ausbildung, Studium hinarbeiten?

Ute: Noch weiß niemand so genau woher es kommt, dass dieser Verdrängungswettbewerb so zunimmt, also weniger Abiturienten ein Studium aufnehmen und stattdessen eine Ausbildung machen. Darunter sind sicher auch einige, die zunächst eine Ausbildung machen, um danach ein Studium zu beginnen. Natürlich kann man vermuten, dass das mit Studiengebühren zu tun hat. Belegt ist das noch nirgends aber der Trend ist sichtbar. Das bedeutet natürlich, dass Realschüler und dann am Ende Hauptschüler richtig gekniffen sind. In den kommenden Jahren ist aber möglicherweise auch Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt möglich, da die Absolventenzahlen zurückgehen und der Fachkräftebedarf in Deutschland weiter steigen wird. Das sind zwei Entwicklungen, die man sehr genau beobachten muss. Die Frage wie bereitet man in der Oberstufe aber auch in den Abschlussklassen der übrigen Schulen auf die Berufswahl besser vor, ist ein Thema mit dem wir uns in den vergangenen Jahren sehr stark beschäftigt haben. Ich glaube dies ist derzeit am besten in den Abschlussklassen der Hauptschulen gelöst. Wir starten gerade ein wirklich gutes Konzept „Schule-Arbeitswelt“ zusammen mit dem Arbeitsministerium. Mit Mitteln aus dem europäischen Sozialfond werden in den Schulen Berufsvorbereitung und Berufswahl ausgeweitet. In den Realschulen hat dies auch deutlich zugenommen. In meiner Wahrnehmung funktioniert es am wenigsten gut in den Gymnasien. Hier wird noch zu wenig Studienwahlvorbereitung betrieben. Es gibt natürlich Angebote wie Schnupperstudium und Tage der offenen Tür an den Hochschulen. In Kiel kann man das gut wahrnehmen,

aber je weiter man von der Landeshauptstadt wegkommt desto schwieriger ist das alles. Deswegen appelliere ich an alle Hochschulen und Fachhochschulen noch viel intensiver in die Schulen hinein zu gehen, über Studiengänge zu informieren und die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Gymnasien weiter auszubauen. Das ist dringend notwendig und vielleicht schafft man es doch noch, die Studienabbrecherzahl noch ein Stück zu senken. Leider stellen ja immer noch viele junge Menschen erst nach ein paar Semestern fest, dass sie das falsche Fach gewählt haben.

STACHEL: Der Hauptschulabschluss bleibt ja nun aber bestehen, obwohl deren Absolventen große Schwierigkeiten haben eine Lehrstelle zu bekommen.

Ute: Der Hauptschulabschluss bleibt bestehen. Man darf aber nicht blauäugig sein. Es kann nicht jeder Abitur machen, es ist auch nicht jeder Mensch gleich fähig und begabt. Trotz aller individueller Förderung, um die wir uns bemühen, wird es immer diejenigen geben, die schwierige Phasen in der Pubertät durchlaufen und bei denen die Schule eben nicht mehr ausgleichen kann, was beispielsweise in der Familie an Unterstützung nicht da ist. Man kann natürlich darüber reden, ob für alle eine Schulzeit von zehn Jahren optimal wäre, wie es in vielen anderen Ländern der Fall ist. Aber das ist Zukunftsmusik.

STACHEL: Fordert nicht gerade auch die Gemeinschaftsschule eine neue Lehrerbildung? Muss nicht gerade im pädagogischen Bereich beispielsweise viel mehr getan werden?

Ute: Daran arbeiten wir, und die Hochschulen ebenso. Der Umgang mit heterogenen Gruppen, individuelle Förderung, die entsprechende Methodik, überhaupt der gesamte Praxisbezug der Lehrerbildung müssen noch weiter verstärkt werden. Wenn ich mir anschau, was in Flensburg inzwischen für eine Lehrerbildung etabliert ist, zum Beispiel ein Praxisjahr und wöchentliche Schultage, dann finde ich, wir sind auf einem ganz guten Weg. Wir haben inzwischen auch bundesweit Standards für die Lehrerbildung entwickelt, in denen beschrieben ist, welche Kompetenzen zukünftige Lehrer

gerade in den Bereichen von Pädagogik, Psychologie und Didaktik brauchen. Jetzt werden die entsprechenden Fachcurricula und Fachstandards entwickelt. Da wird es in Zukunft andere und klarere Orientierungsrahmen geben, so dass auch Studierende wissen, was die Standards sind, an denen sich ihre Ausbildung orientieren muss. Im Dialog mit der Universität werden wir dafür sorgen, dass diese Standards eingehalten werden. Darüber hinaus starten wir zum neuen Schuljahr eine Fortbildungsinitiative. Denn wir müssen natürlich auch an diejenigen denken, die schon an der Schule arbeiten. Dafür gibt's, Gott sei Dank, auch zusätzliches Geld.

STACHEL: Die Frage nach Gemeinschaftsschule, Regionalschule oder anderen Schulbezeichnungen ist ja zunächst eine Etikettierungsfrage. Wichtig ist was dann in der Schule tatsächlich unterrichtet wird, wie es ums Personal bestellt wird. Welche politischen Möglichkeiten siehst du mehr Lehrer, Erzieher und Sozialpädagogen an die Schulen zu holen und vielleicht auch die Unterrichtsmethodik gleichermaßen zu wandeln?

Ute: Entscheidend ist, was drin ist und welche Qualität der Unterricht hat. Unterricht ist der Kern von Schule und ich habe ja schon etwas zur Weiterbildung der Lehrkräfte gesagt. Sie werden in dem Jahr vor der Umstellung auf eine neue Schulform, sei es Gemeinschaftsschule oder Regionalschule, Unterstützung bekommen: Coaching, Mentoren, die an die Schulen gehen. Fachveranstaltungen, alles mit dem Ziel, die Unterrichtsqualität auf diese neuen Anforderungen weiterzuentwickeln. Und dafür gibt es Geld: Eine Million aus dem Landeshaushalt und 400.000 aus dem Haushalt unseres Fortbildungsinstitutes für die nächsten Jahre. Das zielt insbesondere auf die neuen Schulformen aber ist auch für alle übrigen Schularten gedacht, also auch fürs Gymnasium und für die Grundschulen. Denn die müssen sich ja ebenfalls auf Neues einstellen zum Beispiel auf die Profileroberstufe und die Vorbereitung zentraler Prüfungen etc. Wir haben aber eine Arbeitsteilung: das Land ist für die Lehrkräfte zuständig und die Schulträger für die Sozialpädagogen. Das ist eine freiwillige

Leistung, aber viele Schulträger engagieren sich in diesem Bereich sehr stark. Für die sächliche Unterhaltung und für das zusätzliche Personal sind ebenfalls die Schulträger zuständig. Wenn doch alle akzeptieren und begreifen würden, dass eine gute Schule ein Standortfaktor für eine Gemeinde ist. Eine gute Schulbildung wirft Rendite ab für die gesamte Gesellschaft, um es mal ökonomisch zu formulieren. Ich persönlich begründe zunächst einmal humanitär und demokratisch, warum eine gute Bildung notwendig ist. Es ist ein Menschenrecht, das einen Wert für sich hat. Aber eine gute Bildung hat eben auch einen volkswirtschaftlichen Wert. Deswegen müssten eigentlich alle Beteiligten ihren absoluten Schwerpunkt auf diese Frage richten.

STACHEL: Der Bund hatte unter Bundeskanzler Schröder ein großes Programm zur Förderung der Ganztagschulen gestartet mit einem Volumen von ca. vier Milliarden. Bildungspolitik ist dennoch Ländersache. Du warst Präsidentin der Kultusministerkonferenz, wie stehst du zur stärkeren Vereinheitlichung der Bildungspolitik, gerade nach einer eher gegenteiligen Föderalismusreform?

Ute: Da würde ich mit dem alten Spruch antworten: Du hast keine Chance, aber nutze sie! Alles, was dazu beiträgt bundesweit vereinheitlichte Entwicklungen zu befördern, hat meine Unterstützung - wenn es denn in die richtige Richtung geht. Ich habe im Vorfeld zur Entscheidung der Föderalismusreform nie einen Hehl aus meiner Meinung gemacht: Ich hätte mir gewünscht, dass mehr Gemeinsamkeit zwischen Bund und Ländern bleibt oder entwickelt wird. Nun ist es aber anders entschieden, übrigens auch von den Spitzen meiner Partei und wir haben eine

Föderalismusreform, die die Länderkompetenzen im Bereich Bildung noch stärkt. Im rein schulischen Bereich hat sich ja nichts verändert, außer dass solche Programme wie das Ganztagschulprogramm mit Bundesmitteln nicht mehr sein dürfen. Die Konsequenzen im Hochschulbereich sind allerdings gravierend und noch gar nicht sichtbar.

Ich wünsche mir natürlich mehr solche Programme wie das Ganztagschulprogramm, was wirklich segensreich war.

STACHEL: Seit einiger Zeit spricht man davon, dass Frauen über die letzten Jahrzehnte Bildungsgewinner geworden sind. Jungen dagegen es schwerer zu haben scheinen. Was vielleicht auch damit zusammenhängt, dass man wenige Männer im Grundschullehrberuf hat. Wie kann man mehr Männer motivieren an die Grundschulen zu gehen und wie siehst du Ansatzpunkte dieses männliche Bildungsproblems?

Ute: Diese Fragen habe ich als KMK-Präsidentin im vergangenen Jahr für mich zum besonderen Thema gemacht. Wir haben in Berlin dazu eine große Tagung unter dem Titel „Eine Schule für Jungen und Mädchen“ veranstaltet und greifen dieses Thema auch in Schleswig-Holstein auf, denn in der Tat ist es so: Die Mädchen haben nicht nur gewaltig aufgeholt, sondern die Lage hat sich umgedreht: Die heutigen Bildungsverlierer sind vor allem die Jungs. Sie stellen die Mehrzahl der Schulabbrecher und der Sonderschüler. Mädchen stellen inzwischen die Mehrheit der Abiturienten und der Studienanfänger. Das ist für die Frauen und Mädchen eine positive Entwicklung. Das soll aber nicht auf Kosten männlicher Bildungsverlierer passieren. Aber auch bei dem Thema gilt: lasst uns die Kirche im Dorf lassen. Der Blick über den Schul- und Ausbildungsweg hinaus zeigt, im späteren Lebensverlauf ziehen Frauen in unserer Gesellschaft immer noch den Kürzeren. Gerade in den Führungspositionen. Und dann wundert man sich dass viele Frauen sagen: "Kinder kriegen, das verschiebe ich lieber."

STACHEL: Ute, wir danken dir für dieses Interview!

Mit Ute Erdsiek-Rave sprachen Götz Borchert und Lasse Mempel.



Gegen ein bildungspolitisches Desaster - Für eine konsequente Schulreform!

Von ELENA PIEPER

Glau**bt** man den Stimmen der Bildungspolitiker von CDU und SPD dieser Tage, dann hätte unserem Schulsystem eigentlich kaum etwas Besseres passieren können, als die kürzlich von der Großen Koalition beschlossene Schulgesetznovelle. Sie reagiere völlig adäquat auf die PISA-Ergebnisse und den demographischen Wandel, zudem fördere sie das integrative Lernen. Auch von einigen Sozialdemokraten ist zu hören, die Regionalschulen wären im Prinzip nichts anderes als Gemeinschaftsschulen ohne gymnasiale Oberstufe und die SPD hätte sich mal wieder auf ganzer Linie durchgesetzt.

Betrachtet man die Schulgesetznovelle allerdings etwas genauer, so wird man feststellen, dass sie eine Neuerung des Schulsystems beinhaltet, die in sich völlig ungeschlossen ist. Es wird ein System der weiterführenden Schulen bestehend aus Regionalschulen, Gemeinschaftsschulen und Gymnasien eingeführt, das de facto eine Beibehaltung des dreigliedrigen Schulsystems bedeutet. Das alte System wird also nicht aufgebrochen.

Hierbei nimmt das Gymnasium eine völlig losgelöste Stellung von allen anderen Bildungsgängen ein. Die Zugänglichkeit für Schülerinnen und Schüler anderer Schulformen wird erheblich erschwert, da das Lerntempo an Gymnasien für ein Abitur nach 12 Jahren erhöht wird. Im Gegensatz dazu sehen alle anderen Bildungsgänge ein Abitur nach 13 Jahren vor. Auch bleiben undurchlässige Strukturen aus Haupt- und Realschulbildungsgängen erhalten. Die neu eingeführten Regionalschulen bedeuten lediglich eine Zusammenführung von bestehenden Haupt- und Realschulen unter einem gemeinsamen Schulträger. Eine Form des integrativen Lernens stellen sie nicht dar. Außer einer gemeinsamen

Orientierungsstufe gibt es nach der 6. Klasse für Schülerinnen und Schüler keine realistische Möglichkeit mehr den Bildungsgang zu wechseln. Zwar soll im Hauptschulzweig jedes Jahr von der Klassenkonferenz geprüft werden, ob ein Wechsel möglich ist, doch sind die Schüler, die dafür in Frage kämen, oft diejenigen, die für die Klassengemeinschaft enorm wichtig sind und von denen die schwächeren Schüler sehr profi-

herauskommen. Diese Kategorisierung stellt gerade für Kinder eine psychische Grausamkeit dar. Deswegen sollte die Schulartenempfehlung nach der vierten Klasse ersatzlos gestrichen und erst nach einer gemeinsamen Orientierungsstufe für alle ausgesprochen werden. Bildungspolitisch kaum begründbar ist auch der Erhalt des Hauptschulabschlusses. Eigentlich sollte doch in den letzten Jahren klar geworden

sein, dass dieser als Ausbildungsqualifizierung nicht mehr ausreicht, bzw. auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr nachgefragt wird. Der Hauptschulabschluss ist nicht mehr zeitgemäß. Deshalb muss es einen einzigen berufsqualifizierenden Abschluss nach der Sekundarstufe I geben.

Aus den dargestellten Problemen ergibt sich, dass ein großer Überarbeitungsbedarf der Entwürfe für das neue Schulsystem des Landes Schleswig-Holstein besteht. Sowohl die Beibehaltung der Gymnasien als auch die Einführung der



Regionalschulen sind bildungspolitisch kaum begründbar. Gerade die Regionalschule bindet überflüssigerweise zu viele Ressourcen, welche eigentlich für die Ausweitung des integrativen Schulsystems verwendet werden müssten. Die Idee der Regionalschule entstand einzig und alleine aus machtpolitischem Kalkül der CDU und besitzt keinen integrativen Charakter, wie vielfach öffentlich propagiert. Insbesondere für die CDU gilt also: Es ist dringend nötig, sich mit der Realität auseinanderzusetzen. Mit einer starren Gliederung des Schulsystems wird man den Problemen von heute nicht begegnen können. Im Gegenteil: Sie ist maßgeblich verantwortlich dafür, dass diese Probleme überhaupt erst entstanden sind.

Regionalschulen sind bildungspolitisch kaum begründbar. Gerade die Regionalschule bindet überflüssigerweise zu viele Ressourcen, welche eigentlich für die Ausweitung des integrativen Schulsystems verwendet werden müssten. Die Idee der Regionalschule entstand einzig und alleine aus machtpolitischem Kalkül der CDU und besitzt keinen integrativen Charakter, wie vielfach öffentlich propagiert. Insbesondere für die CDU gilt also: Es ist dringend nötig, sich mit der Realität auseinanderzusetzen. Mit einer starren Gliederung des Schulsystems wird man den Problemen von heute nicht begegnen können. Im Gegenteil: Sie ist maßgeblich verantwortlich dafür, dass diese Probleme überhaupt erst entstanden sind.

Regionalschulen sind bildungspolitisch kaum begründbar. Gerade die Regionalschule bindet überflüssigerweise zu viele Ressourcen, welche eigentlich für die Ausweitung des integrativen Schulsystems verwendet werden müssten. Die Idee der Regionalschule entstand einzig und alleine aus machtpolitischem Kalkül der CDU und besitzt keinen integrativen Charakter, wie vielfach öffentlich propagiert. Insbesondere für die CDU gilt also: Es ist dringend nötig, sich mit der Realität auseinanderzusetzen. Mit einer starren Gliederung des Schulsystems wird man den Problemen von heute nicht begegnen können. Im Gegenteil: Sie ist maßgeblich verantwortlich dafür, dass diese Probleme überhaupt erst entstanden sind.

Neue Wege aus der Sucht

Von LASSE MEMPEL

Für Zwist in der großen Koalition sorgte in den letzten Monaten die Frage nach heroingestützter Behandlung von Schwerstabhängigen.

Bundesweit konsumieren rund 120.000 Personen regelmäßig Heroin. Von ihnen werden ca. 40.000 mit Methadon behandelt, womit sich ein Drittel in einer Substitutionsbehandlung befindet. Eine solche Substitutionsbehandlung kann nach wissenschaftlichen Untersuchungen das Sterblichkeitsrisiko gegenüber unbehandelten Abhängigen um 50 bis 70 % reduzieren, verhindert den illegalen Drogenkonsum, reduziert die Kriminalität und führt zu einer besseren Einbindung in das soziale Leben. Die Anzahl der Erwerbstätigen unter den Abhängigen kann deutlich gesteigert und die Ausbreitung von Viruserkrankungen wie HIV/Aids und Hepatitis vermindert werden.

Eine solche Substitutionsbehandlung, deren psychosoziale Begleitung von entscheidender Bedeutung ist, wird dann durchgeführt, wenn eine manifeste Opiatabhängigkeit besteht und Abstinenzversuche keinen Erfolg gebracht haben, eine drogenfreie Therapie nicht möglich ist und die substituionsgestützte Behandlung gegenüber anderen Therapiemöglichkeiten die größte Chance auf Heilung bietet.

Verlaufsuntersuchungen sowohl über methadongestützte als auch über drogenfreie Behandlungen zeigen Abstinenzraten von 10 bis 20 %, was die These entkräftet, dass Patienten sich durch die Substituierung nicht aus der Abhängigkeit lösen könnten.

Da 10-20 % der Methadonbehandelten nur gering von der Substitution profitieren und allgemein die Behandlung mit pharmakologisch reinem Heroin gegenüber der Substitution mit Methadon überprüft werden sollte, initiierten in einer gemeinsamen Initiative das Bundesministerium für Gesundheit, die Länder Hamburg, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, sowie die Städte Bonn, Frankfurt,



Hannover, Karlsruhe, Köln und München ein Modellprojekt.

Im Rahmen dieser wissenschaftlichen Studie erhalten Drogenabhängige versuchsweise injizierbares Heroin als Medikament, eine Kontrollgruppe parallel die Ersatzdroge Methadon. Rund 1.120 Opiatabhängige wurden in die Untersuchung einbezogen, die als klinische Arzneimittelprüfung Voraussetzung für eine mögliche Zulassung von Heroin als Arzneimittel in Deutschland ist. Bedingung für die Teilnahme sind unter anderem ein Mindestalter von 23 Jahren, eine Opiatabhängigkeit von mindestens 5 Jahren und aktueller täglicher vorwiegend intravenöser Heroinkonsum oder fortgesetzter Heroinkonsum unter Substitutionsbehandlung.

In speziellen Drogenambulanzen erhalten die Abhängigen bis zu drei Mal täglich reines Heroin in einer aufgezogenen Spritze, welches sie unter Aufsicht unter hygienischen Bedingungen spritzen können.

Der Modellversuch – bereits 1998 im rot-grünen Koalitionsvertrag vereinbart – lief 2001 an und war zunächst auf zwei Jahre beschränkt. Nach mehreren Verlängerungen aus Rücksicht auf die Behandelten sollte das Projekt bis zum 31. Juni 2007 auslaufen. Die beteiligten Städte und Länder erreichten jedoch nach einer für die Patienten beunruhigenden Hängepartie auch auf Seiten der CDU-Fraktion die Zustimmung das Projekt mit den 300 weiterhin teilnehmenden Patienten zu verlängern. Zuvor hatte sich die Unionsfraktion im Bun-

destag gegen eine Fortführung ausgesprochen.

Einer Übernahme der Heroinbehandlung in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen jedoch erteilte der CDU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder eine Absage. Liest man jedoch die bisherigen Ergebnisse des Modellversuchs, verwundert die Ablehnung:

In der Gruppe der im Modellversuch mit Heroin behandelten Patienten zeigt sich bei 80 % der Patienten eine gesundheitliche Verbesserung, bei den Methadonbehandelten bei 74 %. 69,1 % der Heroinbehandelten verzeichneten einen Rückgang des illegalen Drogenkonsums, in der Methadongruppe dagegen nur 55,2 %. Diese Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Die Heroinbehandlung von Schwerstabhängigen sollte deswegen in die Regelversorgung aufgenommen werden.

Bei einem in Frage kommenden Kreis von ca. 15.000 Patienten erfordert es die Menschlichkeit diesen Bürgern die größtmögliche Chance zu bieten gesund und am Leben zu bleiben, sowie ihren Weg zurück in die Gesellschaft zu finden. Die höheren Kosten für eine Heroinbehandlung (18.000 Euro pro Jahr und Teilnehmer) im Vergleich zur Methadonbehandlung (6.000 Euro) relativieren sich, wenn man die Kosten für Gesundheit, Delinquenz, Inhaftierung und Gericht einrechnet, auf eine Differenz von 4000 Euro, also 60 Millionen Euro im Jahr. Diese Mittel müssen im Interesse der Schwerstabhängigen, für die es keine Behandlungsalternative gibt, aufgebracht werden können!

Vorstellung Kreisvorstand

Der neu gewählte Kreisvorstand der Jusos Rendsburg-Eckernförde, der von Februar 2007 bis Februar 2008 im Amt ist, möchte sich euch auf diesen Seiten vorstellen. Wenn ihr Fragen oder Anregungen habt, oder auch einfach nur mehr über die Jusos wissen wollt, dann meldet euch gerne jederzeit bei uns!



Name: Elena Pieper
Alter: 20 Jahre

Beruf: Studentin (Politikwissenschaft, Neueste Geschichte, Öffentliches Recht)

Ortsverein: Molfsee

In der SPD seit: 2005

Vorsitzende im Juso-Kreisvorstand, Schatzmeisterin im OV-Molfsee

Lieblingszitat: „Für die, deren Zeit gekommen ist, ist es nie zu spät.“ (Bertolt Brecht)

Kontakt:
elenapieper@web.de



Name: Marlon Kruse
Alter: 23 Jahre

Beruf: Versicherungskaufmann, momentan Schüler

Ortsverein: Rendsburg

In der SPD seit: 1999

Stellvertretender Vorsitzender im Juso-Kreisvorstand, Vorsitzender Juso-AG Rendsburg/Büdelsdorf, Stadtvertreter in Büdelsdorf, stellvertretender Ortsvereinsvorsitzender der SPD-Büdelsdorf

Lieblingszitat: „Es ist wichtiger, etwas im Kleinen zu tun, als im Großen darüber zu reden.“ (Willy Brandt)

Kontakt: marlonkruse@spd-online.de



Name: Lasse Mempel
Alter: 23 Jahre

Beruf: Student (Latein, Geschichte, Philosophie auf Lehramt)

Ortsverein: Kronshagen

In der SPD seit: 2001

Schatzmeister im Juso-Kreisvorstand, Liedgutbeauftragter des Juso-AG Kronshagen, Gemeindevertreter und Umweltausschussvorsitzender in Kronshagen, Mitglied im Vorstand der SPD-Kronshagen

Lieblingszitat: „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.“ (Otto Wels)

Kontakt: lassemempel@gmx.de



Name: Tobias Seidel
Alter: 19 Jahre

Beruf: Schüler

Ortsverein: Gettorf

In der SPD seit: 2006

Schriftführer im Juso-Kreisvorstand, Vorstandsmitglied der Juso Orts-AG Gettorf und Umgebung

Lieblingszitat: Eine neue Art von Denken ist notwendig, wenn die Menschheit weiterleben will.“ (Albert Einstein)

Kontakt: tobias@s-e-i-d-e-l.de



Name: Götz Borchert
Alter: 21 Jahre

Beruf: Student (Politikwissenschaft, Öffentliches Recht, Neueste Geschichte)

Ortsverein: Dänischenhagen

In der SPD seit: 2003

Beisitzer im Juso-Kreisvorstand, Kassierer der Juso-Hochschulgruppe Kiel, Landessekretär der Jusos Schleswig-Holstein, Besitzer im Vorstand der SPD-Dänischenhagen, bürgerliches Mitglied im Finanzausschuss Dänischenhagen

Lieblingszitat: „In der Mühelosigkeit liegt keine Tugend. Drohendes Versagen ist die Würze, die die Früchte des Sieges begehrenswert machen.“ (Peter Ustinov)

Kontakt: goetz.borchert@gmx.de



Name: Jonas Kramer
Alter: 23 Jahre

Beruf: staatlich geprüfter Techniker (Nachrichtentechnik)

Ortsverein: Eckernförde

In der SPD seit: 2001

Beisitzer im Juso-Kreisvorstand, Vorsitzender der Juso-AG Eckernförde, stellvertretender Ortsvereinvorsitzender der SPD-Eckernförde

Lieblingszitat: „Ihr Völker der Welt ... Schaut auf diese Stadt und erkennt, dass ihr diese Stadt und dieses Volk nicht preisgeben dürft, nicht preisgeben könnt!“ (Ernst Reuter)

Kontakt: jokra@gmx.net



Name: Vera Odilia Nick
Alter: 18 Jahre

Beruf: Schülerin

Ortsverein: Rendsburg

In der SPD seit: 2004

Beisitzerin im Juso-Kreisvorstand

Kontakt: vera.nick@web.de



Name: Henning Schmidt
Alter: 18 Jahre

Beruf: Schüler

Ortsverein: Rendsburg

In der SPD seit: Juso-Mitglied

Beisitzer im Juso-Kreisvorstand

Lieblingszitat: „Eine Krise ist keine Hängematte, sondern ein Sprungbrett.“ (Sabine Engelsbacher)

Kontakt: roosterfish4@web.de



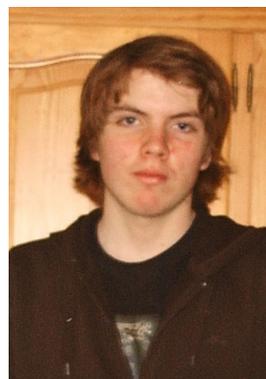
Name: Thomas Stegemann
Alter: 20 Jahre

Beruf: Schüler
Ortsverein: Lindau
In der SPD seit: 2004
Beisitzer im Juso-Kreisvorstand, Vorstandsmitglied der Juso-AG Gettorf und Umgebung, Webmaster
Lieblingszitat: „Angesichts von Hindernissen mag die kürzeste Linie zwischen zwei Punkten die krumme sein.“ (Bertolt Brecht)
Kontakt: t.stegemann@spd-online.de



Name: Gerrit van den Toren
Alter: 30 Jahre

Berufe: Werkzeugmechaniker (Mitglied IGM) bei Lego, jetzt Student der Sozialökonomie
Ortsverein: Rendsburg
In der SPD seit: 2000
Beisitzer im Juso-Kreisvorstand, Beisitzer Juso-AG Rendsburg/Büdelndorf, Beisitzer im SPD-Kreisvorstand
Lieblingszitat: „Die Arbeit der Proletarier hat durch die Ausdehnung der Maschinerie und die Teilung der Arbeit allen selbständigen Charakter und damit allen Reiz für die Arbeiter verloren.“ (Karl Marx/Friedrich Engels)
Kontakt: g-vandentoren@spd-online.de



Name: Sven Westermann
Alter: 16 Jahre

Beruf: Schüler
Ortsverein: Rendsburg
In der SPD seit: 2006
Beisitzer im Juso-Kreisvorstand, Beisitzer im Vorstand der Juso Orts-AG Rendsburg/Büdelndorf
Lieblingszitat: „Er ritt auf einer Schnecke und überholte alle, die nur davon sprachen, zu reiten.“ (Günther Grass)
Kontakt: matjes_filet@hotmail.com

Termine

Mai

Dienstag, 01.05., Kampftag der Arbeiterbewegung, Kundgebungen in Rendsburg und Kiel

Freitag, 04.05., Rotes Forum zum Thema „Grundsatzprogramm“ in Elmshorn

Dienstag, 08.05., 19.00 Uhr: Bürgerveranstaltung „Gesellschaft im Wandel“ mit Ralf Stegner in Dänischenhagen (Gasthof „Zur Eiche“)

Freitag - Sonntag, 11.05. - 13.05., Ringseminar des Landesverbandes zum Thema „Medien“

Samstag/Sonntag, 26.05./27.05., Internationalistisches Seminar (Nordafrika, Flüchtlingsproblematik) in Rendsburg

Mittwoch, 30.05., Kreisvorstandssitzung

Juni

Sonntag, 24.06., Kreisvorstandssitzung
Kommunalpolitisches Seminar

Juli

Mittwoch, 25.07., Kreisvorstandssitzung

August

Sonntag, 26.08., Kreisvorstandssitzung

September

Samstag/Sonntag, 01.09./02.09., Landeskonferenz der Jusos Schleswig-Holstein

Mittwoch, 26.09., Kreisvorstandssitzung
Grünes Seminar (Umwelt)

Oktober

Sonntag, 28.10., Kreisvorstandssitzung
Rhetorik-Seminar

Mitgliederversammlung des Juso-Kreisverbandes in Gettorf: So gut besucht, wie lange nicht mehr!

Von TOBIAS SEIDEL

Am 14. Februar fand die ordentliche Mitglieder-Vollversammlung der Jusos Rendsburg-Eckernförde in Gettorf statt. Mit über 40 Anwesenden platzte zwar der Konferenzraum aus allen Nähten, aber die Freude war groß über einen so aktiven Juso-Kreisverband. Auf der Vollversammlung wurde unter anderem ein neuer Kreisvorstand gewählt, den ihr in diesem STACHEL näher begutachten könnt.

Aber nicht nur die Wahlen standen auf der Tagesordnung. Es wurde über verschiedenste Anträge debattiert, wie z.B. die Idee, im Rahmen der Kreisgebietsreform die Kreisfreiheit abzuschaffen. Bei dieser Debatte meldeten sich auch die zahlreichen Gäste, wie zum Beispiel Kai Dolgner (SPD-Kreistagsabgeordneter), Enrico Kreft (stellvertretender Juso-Landesvorsitzender) und Stefan Eckner (Bundesparteiratsmitglied), zu Wort und es wurde hitzig debattiert. Am Ende sprach die Versammlung sich hierbei mehrheitlich für ein Streben zur Integrierung der kreisfreien Städte in die neuen Kreise aus. Weitere Anträge verlangten eine Angleichung des BaföG-Satzes an die Inflationsrate und die konsequente Einführung von Gemeinschaftsschulen.



Der neue Vorstand brachte sich mit einem Kreisarbeitsprogramm ein, das unter anderem vorsieht, die Orts-AGs bei der Bearbeitung kommunalpolitischer Themen zu unterstützen und die Gründung einer neuen Orts-AG im Süden des Kreises anzugehen.

Weiterhin sollen häufiger Veranstaltungen zu den verschiedensten Thematiken organisiert, sowie qualifizierende Seminare angeboten werden, um den Jusos im Kreis die nötigen Fähigkeiten für ihre politische Zukunft mitzugeben.



Schafft die Kreisfreiheit ab!

Im Rahmen der geplanten Kreisgebietsreform wird es in Schleswig-Holstein zu einer Neuordnung der Landkreise kommen. Bei dieser Reform sollen vor allen Dingen Verwaltungsausgaben gespart, sowie effektivere und effizientere Strukturen geschaffen werden.

Die kreisfreien Städte Kiel, Neumünster, Flensburg und Lübeck haben sich als ineffiziente Verwaltungsstrukturen erwiesen. Im Rahmen der Reform streben die kreisfreien Städte nun an, zur Finanzsanierung wohlhabende Gemeinden aus den Nachbarkreisen in ihre Verwaltungseinheit zu integrieren. Damit wird das Finanzproblem jedoch nicht behoben, sondern auf die Landkreise verschoben.

Weiterhin besteht in den kreisfreien Städten ein Demokratiedefizit, denn die Orts- oder Stadtteilbeiräte sind, im Gegensatz zu Gemeindevertretungen, de facto kompetenzlos. Durch eine Integrierung der Randgemeinden würde sich dieses Demokratiedefizit ausweiten.

Es besteht kein Grund, die Kreisfreiheit von Kiel, Neumünster, Flensburg und Lübeck aufrecht zu erhalten. Die Jusos Rendsburg-Eckernförde fordern deshalb, die Abschaffung der Verwaltungseinheit der kreisfreien Städte und deren vollständige Integration in die neu geordneten Kreisgebiete.

Beschlossen vom Juso-Kreisverband auf der Mitgliederversammlung im Februar 2007

Weihnachtsfeier und Kommunalpolitik - eine gute Mischung

Von THOMAS STEGEMANN

Die Weihnachtsfeier 2006 der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten Rendsburg-Eckernförde war diesmal ein besonderes Erlebnis. Neben Par-



Helga Schirmmacher

ty und Spaß stand diesmal nämlich noch die Kommunalpolitik mit auf

dem Buffettisch, serviert von Helga Schirmmacher (stellvertretende Vorsitzende des Landesparteirats) und Kai Dolgner (SPD-Kreistagsabgeordneter).

Helga erzählte den anwesenden Jusos, wie sie in die Fraktionen der Gemeindevertretungen kommen können, und was für Aufgaben in den Fraktionen auf sie warten. Helgas Vortrag wurde noch versüßt mit den Erfahrungen von Andreas Breitner, der Unterschiede zwischen der Theorie und der Praxis aufzeigte. Mit diesem neuen Wissen gestärkt, gingen die Jusos dann anschließend an den Vortrag von Kai Dolgner, welcher die Kompetenzen des Kreistages erläuterte. Der Vortrag ging relativ zügig über in eine aktuelle kreispolitische Debatte, welche bis zum Ende der Weihnachtsfeier anhielt.

Wir danken Helga und Kai hiermit



Kai Dolgner

nochmals für die netten Vorträge und Diskussionen. Einige Jusos bekundeten anschließend auch ihr Interesse für die Gemeindevertretung oder den Kreistag zu kandidieren.

Der iGeL verläßt sein Nest und reiht sich ein ins Proletariat

Von THOMAS STEGEMANN

Der iGeL Rd-Eck hat lange genug Winterschlaf gehalten, es wird Zeit ihn zu wecken und mit ihm gemeinsam das Feld der Politik zu stürmen. Was das bedeutet? Die Jusos Rd-Eck bereiten sich auf eine inhaltliche Offensive vor. Wir haben drei inhaltliche Seminare für den Kreisverband geplant, in denen wir uns in Arbeitsgruppen mit Themen beschäftigen werden und Positionen ausarbeiten möchten. Doch wieso iGeL? Nun das erklärt sich durch die inhaltliche Konstellation der Seminare: Wie in unser Präambel geschrieben steht, sind wir Jusos ein Teil der internationalen sozialistischen Bewegung. Wir möchten uns deswegen auch einmal genauer mit der Situation der anderen Länder beschäftigen und starten unsere Seminarreihe daher mit einem internationalistischen Seminar im Mai 2007. In diesem Seminar möchten

wir uns, abhängig von der Teilnehmerzahl, mit diversen Problemen und Perspektiven der arabischen Welt (Magreb-Staaten) auseinandersetzen. Nachdem der iGeL damit also erwacht ist, hat er großen Hunger. Diesen Hunger stillt er auf einer grünen Wiese, doch dem iGeL schmeckt das kohlenstoff- und strahlungsbelastete Gras gar nicht mehr. Deswegen setzt der iGeL sich für regenerative Energien ein, doch damit wird sich der iGeL im Hochsommer während eines Seminars beschäftigen. Die letzte Station vor dem Winter ist dann die Emanzipation. Der iGeL findet es gemein, dass konservative und reaktionäre Igel immer noch die Frauen diskriminieren, weswegen er im November neue Strategien entwickelt, um die Emanzipation durchzusetzen! Der iGeL ist nämlich klar positioniert, nicht

rechts, nicht mitte, sondern Links!

i G e L
internationalistisch...Grün...emanzipatorisch...Links!

-internationalistisches Seminar (Nordafrika, Magreb-Staaten) im Mai 2007

-Grünes Seminar (regenerative Energien) im August/September 2007

-emanzipatorisches Seminar im November/Dezember 2007

Links!

Ihr seid natürlich alle herzlich eingeladen den Weg mit dem iGeL zusammen zu beschreiten, meldet euch einfach beim Kreisvorstand der Jusos Rd-Eck und meldet euch für die Seminare an!

Inflation fressen Bafög auf

Von GERRIT VAN DEN TOREN



Geschafft - ersteinmal, denn der SPD – Kreisparteitag, der am 3. März 2007 in Nortorf stattfand, hat den Antrag des Juso – Kreisverbandes, die Höhe des Bafög's endlich mal wieder an die jährliche Inflationsrate, als Minimalriterim anzupassen, einstimmig übernommen.

Wir finden zwar, dass die jährlich ermittelte Inflationsrate an sich schon ein kümmerlicher Anzeiger staatlicher Wohlfahrt ist, aber umso destruktiver und unsozialer ist es, in Zeiten, in denen die Bedeutung der Bildung als endogenes (muss also immer wieder neu reproduziert werden) Wirtschaftsgut erkannt worden ist, die Personen, die einen staatlichen Offenbarungseid (muss man, wenn man staatliche Leistungen in Anspruch nehmen muss) geleistet haben, nun zur Gänze die Auswirkungen der bisher fehlenden Fiskalpolitik (Geldmengenpolitik kann eh nur noch die EZB bestimmen, aber Beschäftigungspolitik als Instrument der Fiskalpolitik ist immer noch nationale Aufgabe) spüren zu lassen. Denn wie alle Empfänger staatlicher Transferzahlungen ist den „bafögempfangenden“ Studierenden die Möglichkeit genommen, die Fol-

gen der allgemeine Steuererhöhung (Mehrwertsteuer) durch Einkommenssteuerrückzahlungen zu mildern. Darüber hinaus trifft die allgemeine Steuererhöhung den Personenkreis der Studierenden besonders, da ihr gänzlich Einkommen nur zum Konsum im wirtschaftswissenschaftlichen, wie im realen Sinn aufgebraucht wird (Sparen ist einfach nicht möglich, wenn man knapp 600 Euro pro Monat bekommt). Und um hier zumindest ein Signal in die richtigere Richtung weisend an den Gesetzgeber zu senden, halten wir diese Forderung für legitim.

Aber nun haben wir ja gesagt, Inflationsrate und kümmerlich und so, dass bedeutet also man könnte es noch besser machen.

Wir sind der Meinung, die gesamten Bildungsausgaben der Länder und immer noch – Föderalismusreform sei dank – auch die des Bundes sollten nicht eng an das Bruttoinlandsprodukt gekoppelt werden, sondern als Symbol für mehr Bildung in unserem Grundgesetz – vielleicht bekommen wir ja auch mal eine Verfassung – verankert werden. So könnte man u.a verhindern, dass der Verteidigungsetat seit Jahren zulegt,

aber alle anderen staatlichen Ausgabenbereiche zurückgeschraubt werden. Übrigens sind die Bafög – Sätze unter der ersten Regierung Dr. Kohl gesenkt worden, was aber durch den Genossen „Basta- Pipeline“ auch nicht zurückgenommen wurde.

Eine andere Möglichkeit die ihr mal in die Diskussion einwerfen solltet, ist die eines progressiven Bafög – Modells, bei dem jeder die gleichen Voraussetzungen hat, diese aber durch effiziente Studienplanung erweitern kann, wenn Bedarf entsteht. Wir denken hier an Studieren mit Familie – also Kindern und den dadurch anfallenden Mehrkosten. Bei einem solchen Modell müsste dann aber vermieden werden, dass der Schuldenberg erdrückende Ausmaße annimmt. A propos Schulden, als „Mindest – Bafög“ sollte jeder eine gleiche Anzahl von Studiengutscheinen erhalten, die dann „abstudiert“ werden.

Zukunft machen! Jetzt!

Von YVES-CHRISTIAN STÜBE, Landesvorsitzender der Jusos Schleswig-Holstein

Der Parteitag der schleswig-holsteinischen SPD war nicht spektakulär, aber doch anders als viele erwartet hatten. Ralf Stegner und seine Stellvertreter wurden mit sehr guten, aber dennoch ehrlichen Ergebnissen beauftragt die Nord-SPD in die Zukunft und zu einer Mehrheit

2008 zu führen. Auch die Weichen über 2010 hinaus müssen von diesem Vorstand richtig gestellt werden. Der Neue hat am Anfang seiner Bewerbungsrede gesagt, dass auch ihm die Knie weich würden, wenn er sich die Verantwortung dieses Amtes vergegenwärtige. Das ist nachvoll-

ziehbar. Die SPD in Schleswig-Holstein steht, wie es bei einer Partei, die sich und andere ernst nimmt, immer vor einer Vielfalt von Herausforderungen, die großer Kraftanstrengungen bedürfen. Diese werden bei ehrlicher Betrachtungsweise und den

richtigen Schlüssen auch bewältigt werden, daran müssen wir Jusos im eigenen Interesse, eine handlungsfähige SPD in Schleswig-Holstein zu reaktivieren, mitarbeiten. Deswegen gilt es, sich bei der nötigen Debatte um die Zukunft der Partei möglichst weit an die Spitze derer zu stellen, die den Kurs in die richtige Richtung nehmen wollen. Dabei wird es auch blutige Nasen für uns geben, denn wir werden nicht darum herum kommen, den Besitzstandswahrern in dieser Partei den Kampf anzusagen. Wir wollen als Juso-Landesverband



Yves-Christian Stübe

nicht nur kommentieren und reagieren. Wir wollen agieren und uns rechtzeitig positionieren. Seit etwas mehr als einem halben Jahr sind wir in der Hinsicht auf einem guten Weg, müssen aber auch feststellen, dass das Optimum noch nicht erreicht ist. Um die politische und organisatorische Zukunftsfähigkeit der Jusos und auch der SPD zu gewährleisten, ist noch einiges zu tun. Einen großen Teil wird dabei auch die Beschäftigung mit sich selbst einnehmen. Das bindet Kräfte und bietet wenig Möglichkeiten der Profilierung nach außen, aber in der momentanen organisatorischen und finanziellen Situation vor allem der Jusos, aber auch der SPD im Land der Horizonte ist dies im Interesse unserer Generation, unsere zukünftigen Möglichkeiten politisch zu gestalten, zwingend notwendig. Lange kann damit nicht mehr gewartet werden, denn der demographische Wandel und auch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zwingen uns jetzt zu handeln. Der Finanzantrag war nur ein Kompromiss, der dem SPD-Landes-

verband kurzzeitig etwas Luft zum Atmen gibt, und die Möglichkeit eröffnen muss, jetzt in eine ehrliche Debatte um die zukünftige Organisation zu führen. Zeit um Seelen zu streicheln bleibt da nicht. Die Äußerung von Ralf Stegner, dass er nicht für den diplomatischen Dienst geeignet sei, ist in diesem Zusammenhang durchaus problematisch. Der Nachsatz: "Ich bin meist durchsetzungsorientiert" lässt hingegen hoffen, dass er gemeinsam mit Christian Kröning und Jörg Wenghöfer, die hoffentlich eher für den diplomatischen Dienst geeignet sind, und einigen anderen, die zukunftsorientiert arbeiten wollen, ein tragfähiges und zukunftsorientiertes Konzept erarbeitet und auch durchsetzt. Unser Landesschatzmeister hat das richtig gesagt: "Weil wenn nichts geht, dann geht nichts mehr, und das geht nicht." Wir wollen dabei sein, wir wollen, dass was geht, wir wollen unsere Partei gestalten!

Es ist nicht nur die interne Organisation und Beibehaltung der Kampagnenfähigkeit, auch die Profilschärfung in der ungeliebten großen Koalition ist notwendig, sie ist unabdingbar. Klar muss sein, was wir in unserem Land, für unser Land, wollen. So sind Entscheidungen, die von der Landtagsfraktion zugunsten des Koalitionsvertrages gelegentlich getroffen werden müssen, nicht Anlass sich und die Koalition zu feiern. Das haben wir auf dem Parteitag des öfteren deutlich gemacht und haben gegen die Empfehlungen und Voten des SPD-Landesvorstandes und der Antragskommission, die mit großer Mehrheit aus Landtagsabgeordneten bestand, unseren Prüfungsantrag zu den Auswirkungen der Liberalisierung des Ladenschlussgesetzes durch den beherzten Einsatz von Sören Platten mit großer Mehrheit durchboxen können. Dieser Antrag hat es in sich, das war allen klar. Damit und mit anderen Wortbeiträgen haben wir ein kleines Zeichen gesetzt, dass wir Jusos die Arbeit in der Partei zwar nicht losgelöst von den momentanen Umständen, aber doch durchaus deutlich als Sozialdemokraten, nicht als Mainstreamdemokraten sehen. Diese Richtung der konstruktiven aber kritischen Auseinandersetzung mit der Politik unserer Mandatsträger

wollen wir fortsetzen und intensivieren. Die Angebote der Zusammenarbeit von Abgeordneten liegen vor, wir werden diese Angebote wahrnehmen und notfalls auch einfordern. Für uns Jusos wurde der Parteitag dann am zweiten Tag zeitweilig etwas skurril. Unser SPD-Bundesvorsitzender Kurt Beck lobpreis unsere schleswig-holsteinische Bildungspolitik und war der Auffassung, damit sei bundesweit ein Maßstab gesetzt. So sagte er jedenfalls. Bis auf einige Dinge wie z.B. die Schülerdatenbank und andere seltsame Ideen sind wir



Kurt Beck

Jusos ja auch der Auffassung, dass der Kern unserer Bildungspolitik, das lange gemeinsame Lernen von Schülerinnen und Schülern, richtig ist. Folglich forderten wir auch bei Kurt Beck ein, dass er dies für das Grundsatzprogramm mitnähme. Die Rede von „Konsens-Kurti“ ließ vermuten, dass er sich in dieser Frage besonnen hätte. Nicht nur uns aus Schleswig-Holstein hätte wohl erfreut, wenn er sich auch bereit gezeigt hätte, dies so ins Grundsatzprogramm zu schreiben. So forderte der Landesvorsitzende der Jusos ihn auf, doch bitte diesen wichtigen Punkt des gemeinsamen Lernens über mindestens neun Jahre mitzunehmen. Der Parteitag war offensichtlich der gleichen Meinung, der SPD-Bundesvorsitzende hingegen erkennbar nicht. So wand er sich in seiner Antwort auf die Aussprache auch an diesem Punkt, aber es wird ihm nichts helfen. Zumindest das bekommen wir in das Hamburger Programm hineingestimmt, davon sind wir fest überzeugt.

Jusos in Altenholz und Umgebung

Seit 2004 arbeiten die Jusos aus Altenholz und Umgebung an verschiedenen Projekten. Wir haben Kontakt zu vielen Menschen unserer Region aufgenommen und wollen uns nun daran machen die Wünsche und Vorstellungen der Jugendlichen unserer Region in die Tat umzusetzen. In Veranstaltungen führt unsere AG junge Menschen zusammen und lädt zur Diskussion ein. Unser Ziel ist es, die Interessen der jungen Menschen in Altenholz und Umgebung zu vertreten.

In nächster Zeit sind viele Veranstaltungen in Planung. Im September wird es ein großes Fußballturnier geben, zu dem alle Jugendgruppen und -einrichtungen in der Umgebung eingeladen werden. Außerdem bereiten wir uns im Augenblick intensiv auf den Wahlkampf 2008 vor. Gemeinsam haben wir einen Flyer entworfen, der unsere Gruppe und unsere Arbeit vorstellt. Auch ein Erstwähleransprache sowie Infostände und einige Fahrradtouren durch unser Wahlgebiet zur Info für die Bürger sind geplant, um die SPD tatkräftig bei der Kommunalwahl zu unterstützen. Ganz besonders stark machen möchten wir uns dabei aber für unsere eigenen jungen Kandidaten. Einige von uns sind bereits jetzt in der Kommunalpolitik aktiv, dieses Enga-



gament wollen wir fördern und unterstützen.

Auch inhaltlich suchen wir bei unseren Treffen immer die Diskussion und versuchen etwas für Jugendliche in unserer Region zu verbessern. Unter anderem machen wir uns stark für bessere Busverbindungen, auch in der Nacht, in unserer Region sowie für eine Gemeinschaftsschule in Altenholz.

Zudem positionieren wir uns inhaltlich zu verschiedenen landes- und bundespolitischen Themen, wie zu-

letzt für ein generelles Rauchverbot in allen öffentlichen Gebäuden.

Bei uns treffen sich regelmäßig Jusos aus Altenholz, Dänischenhagen, Friedrichsort, Kaltenhof, Schwedeneck und dem näheren Umfeld. Wenn du Lust hast bei uns mitzuarbeiten oder einfach nur mal in die AG reinzuschnuppern, dann melde dich einfach bei uns!

Kontakt: Sina Marie Weiß: E-Mail: sina.marie.weiss@gmx.de

Jusos in Eckernförde

Seit Jahren existiert in Eckernförde eine Juso AG. Wir sind zurzeit ca. 10 aktive Jusos. Ganz genau lässt sich so etwas nie sagen, da es der Beruf immer mit sich bringt, dass Jusos die AG verlassen müssen und neue Jusos hinzukommen. Eines ist allerdings klar: Spaß an der Arbeit muss sein! Uns ist es wichtig, dass nicht nur politische Themen, politische Arbeit und Wahlkampf auf der Tagesordnung stehen. Uns liegt es am Herzen, dass wir uns auch untereinander gut verstehen. Der gemeinsame Besuch

von Veranstaltungen, Fahrten nach Berlin und unser Stammtisch gehören einfach dazu.

Schwerpunkte unserer Arbeit sind all jene Themen, die Eckernförde und das Umland betreffen. Wir sind für alle Themen offen, die dafür sorgen, dass Eckernförde sozialer wird.

Wir sagen „Nein!“ zur Energiegewinnung aus Atomkraft, da wir glauben, dass innovative Energiegewinnung anders aussehen muss.

Wir sagen auch „Nein!“ zu Studiengebühren, da wir der Auffassung sind,

dass wir in unserem Land jeden klugen Kopf gut gebrauchen können.

Hast du Lust bei uns mitzuarbeiten und eigene Themen auf die Tagesordnung zu setzen? Dann melde Dich bei uns!

Kontakt: Jonas Kramer: e-mail: info@jusos-eck.de Internet: www.jusos-eck.de

Genosse Nachwuchs

Von JANA TOBIAN und CHARMAINE ANANDARAJ

Wir sind Jana Tobian, 18, aus Schnellmark und Charmaine Anandaraj, 17, aus Ascheffel und besuchen den 11. Jahrgang der Integrierten Gesamtschule in Eckernförde. Seit Ende des letzten Jahres sind wir Mitglieder der Juso-Orts-AG Eckernförde und wollen euch hier einmal beschreiben, wie wir zu den Jusos fanden und was wir dort machen. Unser politisches Interesse lag nicht über dem Durchschnittswert eines Jugendlichen unserer Alters. Bis wir glückliche Teilnehmer der von Sönke Rix organisierten Berlinfahrt im letzten September wurden. Diese an politischen Gesichtspunkten orientierte Fahrt lud geradezu ein, selbst politisch aktiv zu werden. Nach einigen Überlegungen machten wir den ersten Schritt in das Unbekannte, Geheimnisvolle...
...die Politik.

Auf dem Wege dorthin befielen uns Zweifel und Fragen: Was ist Politik? Wie ist Politik? Was macht Politik? Was tun wir hier? Wer sind wir eigentlich? Nun, zurück zum Thema.

Wir waren eh schon da, es gab keinen Fluchtweg, wir befanden uns längst mitten im Kreise einer Sitzung.



Sogleich wurden wir offen und herzlich empfangen und nach einer Vorstellungsrunde wusste man auch schon grob, in was man hineingertreten war und was für Menschen von da an unsere Mitstreiter waren. Im Laufe des Abends stellte sich entgegen

unseren Befürchtungen heraus, dass das Arbeiten in der Gruppe interessant und lustig war. Die Aufgeschlossenheit und das freundliche Auftreten der anderen trug sein übriges zu unserer Integration bei. Mittlerweile hat sich unser politisches Interesse verstärkt und auf den Bereich „Jugend und Soziales“ konzentriert, da wir eine besondere Nähe zu diesem Thema haben. Nun, nach viermonatiger Mitgliedschaft, bereuen wir unsere Entscheidung nicht, denn wir haben bisher schon gute Einblicke in die Arbeit der Jusos bekommen. Wir wissen nun, wie wir uns engagieren können, statt einfach nur zu meckern, wie man auch als Jugendlicher die Möglichkeit hat sein Umfeld nach den eigenen Vorstellungen mitzugestalten und das Politik nicht nur Stoff von weit über 40-jährigen ist, sondern auch die Jugend interessieren sollte, denn schliesslich ist es unsere Zukunft, die nun in Angriff genommen werden muss.

Politik-Lexikon: Fraktion

Von JONAS KRAMER

Mit dem Begriff Fraktion (v. lat.: fractio = Bruch oder Bruchteil) bezeichnet man einen freiwilligen Zusammenschluss von Abgeordneten zur Durchsetzung ihrer politischen Interessen und Ziele in einem politischen Gremien, wie z. B. einem Gemeinderat.

Eine Fraktion bilden die Mandatsträger (meistens vom Volk gewählt), die in einem Gremium einen Sitz haben und derselben Partei angehören. Fraktionen gibt es in fast allen parlamentarischen (Bundestag, Landesparlamente) und sonstigen Vertretungen (z. B. Landschaftsverbände, Kreistage, Stadträten oder -vertretungen). Sie erhalten in

Deutschland einen besonderen Status, der mit zusätzlichen parlamentarischen Rechten gemäß der Geschäftsordnung verbunden ist; hinzu kommt noch, dass Fraktionen meist finanzielle Zuwendungen für ihre Arbeit erhalten. Damit eine Gruppierung diesen Fraktionsstatus erhält, ist eine Mindestzahl von Abgeordneten bzw. Mitgliedern vorgeschrieben (oft 5% der Abgeordneten), weil die Aufgabe der Fraktion in der Koordinierung der Arbeit der ihr angehörenden Mitglieder liegt und diese Aufgabe erst bei einer gewissen Mindestanzahl von Abgeordneten anfällt. Diese gehören in der Regel einer Partei an, es können sich aber auch Abgeordnete

verschiedener Parteien zu einer Fraktionsgemeinschaft zusammenschließen. Ebenso ist die Aufnahme einzelner unabhängiger Abgeordneter als Hospitanten möglich. Geleitet wird eine Fraktion in der Regel von einem Vorsitzenden. Grundlage für eine effiziente Arbeit von Fraktionen ist die Fraktionsdisziplin. Bei vielen Fraktionen stellt sich diese oft als Fraktionszwang dar, d. h. die Mitglieder müssen nach vorher getroffenen Abmachungen abstimmen, obwohl dies eigentlich dem im Grundgesetz verankerten freien Mandat der Abgeordneten widerspricht.

Knallhart nachgefragt bei...



Name: Breitner, Andreas
Alter: 40 (knapp)
Wohnort: Rendsburg
Du bist zurzeit? (Beruf): Bürgermeister
Als Kind wolltest Du welchen Beruf ergreifen?: Feuerwehrmann, Lokomotivführer und Polizist (alles gleichzeitig in dieser Reihenfolge)
Jugendsünden?: ...gab es und behalte ich für mich.
Lieblingsbuch: Kein bestimmtes. Zur Zeit: „Höhenrausch“ von Jürgen Leinemann
Wenn Du ein Tier wärest, wärest Du ein: Elefant mit schlechtem Gedächtnis
Dein Vorbild: Keines, denn manches Vorbild entpuppt sich als Scheinriese. Je näher man rankommt, je kleiner wird es.
Mit wem würdest Du gerne einen Monat lang tauschen?: Mit meiner Frau, dann brauche ich eine zeitlang das Bad nicht sauber machen und wäre auch mal für die Fenster zuständig.
Was an Dir selbst gefällt Dir besonders gut, was sind Deine Stärken?: Mein Interesse an Menschen.
Was an Dir gefällt Dir selbst nicht, was sind deine Schwächen?: Gelegentlich etwas ungeduldig.
Was ist für Dich eine Versuchung?: Jeder Eisbecher
Was willst Du unbedingt einmal tun?: Den Jakobsweg erwandern
Die SPD bedeutet für Dich: Mehr Gerechtigkeit und seit 22 Jahren ein Großteil meines beruflichen und privaten Lebens.
Deine Juso Vergangenheit: ... ist lange her und führt beim Anblick alter „STACHEL-Ausgaben“ zur allgemeinen Belustigung.
Dein Lieblingszitat: I hope you have a little bit lucky! (Lothar Matthäus)
Deine Botschaft an die Jusos RD-ECK: Bleibt konstruktiv kritisch!

ADRESSEN
Juso-Orts-AGs

Altenholz und Umgebung
 Ansprechpartnerin:
 Sina Marie Weiß
 jusos-altenholz@gmx.de/
 sina.marie.weiss@gmx.de

Eckernförde
 Ansprechpartner:
 Jonas Kramer
 info@jusos-eck.de/
 JoKra@gmx.net

Gettorf und Umgebung
 Ansprechpartner:
 Thomas Stegemann
 T.Stegemann@spd-online.de
 04346/410947

Kronshagen
 Ansprechpartner:
 Philipp Pache
 philipp.pache@gmx.de

Rendsburg / Büdelsdorf
 Ansprechpartner:
 Marlon Kruse
 marlonkruse@spd-online.de

Absender:

bitte freimachen

An den
 Juso-Kreisverband
 Rendsburg-Eckernförde
 Kleiner Kuhberg 28-30

24103 Kiel

Das Thälmann Batallion (Spaniens Himmel)

Text: Karl Ernst, Musik: Paul Dessau, Paris 1936

Das Thälmann-Bataillon war ein Teil der XI. Internationalen Brigade im spanischen Bürgerkrieg. Es bestand aus ungefähr 1.500 Deutschen, Österreichern und Schweizern und war nach dem Führer der deutschen Kommunisten, Ernst Thälmann, benannt. Haupteinsatzort der Brigade war die Verteidigung von Madrid und am Fluss Jarama. Von 1936 bis 1939 starben etwa 3.000 deutschsprachige Antifaschisten auf Seiten der Spanischen Republik. Das Lied "Spaniens Himmel" von Gudrun Kabisch (Pseudonym Karl Ernst) und Paul Dessau erinnert an die Teilnahme des Thälmann-Bataillons am spanischen Bürgerkrieg. Es ist auch heute in der sozialistischen Bewegung noch weit verbreitet.

Spaniens Himmel breitet seine Sterne
Über unsre Schützengräben aus;
Und der Morgen grüßt schon aus der
Ferne,
bald geht es zum neuen Kampf hin-
aus.

Die Heimat ist weit,
doch wir sind bereit,
wir kämpfen und wir siegen für dich:
Freiheit!

Dem Faschisten werden wir nicht
weichen,
schickt er auch die Kugel hageldicht;
mit uns stehen Kameraden ohne glei-
chen
und ein Rückwärts gibt es für uns
nicht.

Die Heimat ist weit,
doch wir sind bereit,
wir kämpfen und wir siegen für dich:
Freiheit!

Rührt die Trommel, fällt die Bajonette!
Vorwärts, Marsch! Der Sieg ist unser
Lohn!
Mit der Freiheitsfahne brecht die
Kette!
Auf zum Kampf, das Thälmann-Bat-
allion.

Die Heimat ist weit,
doch wir sind bereit,
wir kämpfen und wir siegen für dich:
Freiheit!



Mit der Veröffentlichung des Liedes werden keinerlei Rechte auf Lied und Text behauptet. Der Abdruck dient einzig dazu, das Lied im Bewusstsein zu halten und die Tradition des gemeinsamen Singens zu wahren.

**Ich möchte weitere Informationen
über die Jusos!**